

Der geplante Wettbewerbspakt: Troika-Maßnahmen für alle!

1. Arbeitslosigkeit als Voraussetzung für weitere Angriffe auf die sozialen Errungenschaften

Der britische Premier Cameron führte in seiner Rede in Davos (Jan.2013) aus: Die EU befände sich in einem globalen Wettrennen. Die Antwort wie dieses Rennen zu gewinnen ist, sei einfach: „*Man muss die Schulden in den Griff bekommen, die Unternehmenssteuern senken und den aufgeblasenen Wohlfahrtsstaat angreifen*“. Dies griff Angela Merkel in ihrer Rede auf, in dem sie versicherte, dass sie sich in Sachen Wettbewerbsfähigkeit mit Cameron absolut einig sei.

Die Union, so die deutsche Kanzlerin in ihrer Rede in Davos, sei in den letzten Jahren auf einem Stabilitätspfad gut vorangekommen, dessen Leitplanken strikte Fiskaldisziplin auf der einen Seite und Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen Seite seien. Die Einrichtung der dazu beschlossenen Instrumente, wäre vor einigen Jahren noch „*unvorstellbar gewesen*.“ Was jetzt aber noch fehle, so Merkel, sei ein Instrument für Wettbewerbsfähigkeit im ganzen Euroraum, welches eine globale Konkurrenzfähigkeit herstellen müsse. Dabei sei der Faktor Zeit zentral, denn zum einen müsse sichergestellt werden, dass die Strukturreformen wirksam werden, bevor die politische Situation weiter eskaliere und zum anderen zeige die Erfahrung, dass es für solche Reformen Druck brauche.

Die massiv angestiegene Arbeitslosigkeit in Europa sei daher eine Chance, denn auch in Deutschland hätte erst die Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen eine wettbewerbsliche Ausrichtung ermöglicht.

Nach der Implementierung strikter Fiskaldisziplin sei nun die Frage der Wettbewerbsfähigkeit das nächste große europäische Thema: „*Ich stelle mir das so vor – und darüber sprechen wir jetzt in der Europäischen Union –, dass wir analog zum Fiskalpakt einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit beschließen, in dem die Nationalstaaten Abkommen und Verträge mit der EU-Kommission schließen, in denen sie sich jeweils verpflichten, Elemente der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, die in diesen Ländern noch nicht dem notwendigen Stand der Wettbewerbsfähigkeit entsprechen*.“ Dabei müssten Bereiche, wie etwa die „*Lohnstückkosten [und] Lohnzusatzkosten*“, im Zentrum stehen, die noch in der nationalen Hoheit der Mitgliedstaaten liegen.

(Auszüge aus einem Artikel von **Lukas Oberndorfer** für die Österreichische Arbeiterkammer, mehr dazu hier: http://www.attac.at/uploads/media/Oberndorfer_Pakte_fuer_Wettbewerbsfaehigkeit_04.pdf)

02.12.2013: Ein geleaktes Dokument belegt Freibrief für Sozial- und Demokratieabbau
(http://www.attac.at/uploads/media/131121_Annotated_Agenda_26_November_Sherpa_Meeting_FINAL_01.pdf)

Übrigens: Der Koalitionsvertrag CDU-CSU-SPD enthält rund 100 mal das Wort „Wettbewerb“.
(<http://www.welt.de/politik/article122306476/Das-ist-der-Koalitionsvertrag-im-Wortlaut.html>)

2. Wettbewerbspakt? Was ist das?

Attac Österreich:

Nach Angela Merkels Pläne für einen „EU-Wettbewerbspakt“ sollen sich die Staaten der Eurozone durch bilaterale Verträge mit der EU-Kommission zu "Strukturreformen" verpflichten, um ihre "Wettbewerbsfähigkeit" zu verbessern. Die gewählten nationalen Parlamente werden dabei durch die EU-Kommission in wirtschaftspolitischen Fragen großteils entmachtet. "Der Wettbewerbspakt bedeutet Troika für alle", fasst Elisabeth Klatzer von Attac Österreich die Pläne zusammen.

Wie die Erfahrungen aus Südeuropa zeigen, sind mit "Strukturreformen" Sozialabbau, Lohnkürzungen, der Abbau von Arbeitsrechten und des öffentlichen Sektors sowie Deregulierung und Privatisierung gemeint. *Was von diesem Wettbewerbsdogma übrig bleiben wird sind Armut, Massenarbeitslosigkeit, ein riesiger Niedriglohnsektor, eine zerstörte Binnennachfrage und steigende Schulden. So wird das europäische Projekt zerstört*", kritisiert Klatzer.

Für Attac beweist die Eurokrise das Scheitern des Wettbewerbsdogmas. Unternehmen können durch Wettbewerb aus dem Markt verdrängt werden, Staaten und ihre Menschen hingegen nicht. „*Während sich die Verlierer des Standortwettbewerbs zwangsläufig überschulden, leidet auch bei den „Exportweltmeistern“ die Mehrheit unter dem Sozial- und Lohndumping. Deutschland mit seinem riesigen Niedriglohnsektor ist dafür das beste Beispiel*“, erklärt Klatzer. „*Das Rückgrat unserer Wirtschaft ist die Nachfrage in Europa. Diese wird zerstört, wenn die Menschen immer weniger in der Brieftasche haben*.“

Um die Krise zu überwinden, sind daher nicht Lohn- und Steuerdumping notwendig, sondern das genaue Gegenteil: Eine koordinierte Lohnpolitik gegen das Lohndumping Deutschlands, eine koordinierte Besteuerung von Vermögen, Gewinnen und Kapitalerträgen sowie eine Schrumpfung und Regulierung des Finanzsektors, fordert Attac. (23.Okt 2013)

S. auch: <http://www.attac.at/kampagnen/stopp-wettbewerbspakt.html> (und unten, Seite 4)

3. Europäische Protestplattform gegen den Wettbewerbspakt: "Europa geht anders"

Der sogenannte „Wettbewerbspakt“ ist nichts anderes als ein Pakt für Lohndumping, Sozialabbau und Privatisierung.

Troika für Alle. Alle Mitgliedsstaaten sollen verpflichtet werden, „Strukturreformen“ umzusetzen. Die desaströse Kürzungspolitik, wie sie in Griechenland, Spanien oder Portugal verordnet wurde, zeigt, was unter „Strukturreformen“ zu verstehen ist: Einschränkung sozialer Leistungen wie Pensionskürzungen, Zerschlagung der Branchenkollektivverträge und Privatisierung von Wasser, Bildung, Energieversorgung. Europa geht anders. Wir lehnen diesen Plan der EU-Kommission entschieden ab. Wir fordern alle Menschen,

die ein anderes Europa wollen, auf, Druck auf ihre Regierungen und Parlamente auszuüben, damit möglichst viele Regierungschefs beim kommenden Europäischen Rat dem Wettbewerbspakt eine Absage erteilen. Es braucht eine Kehrtwende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen!

www.europa-geht-anders.eu

(weitere Materialien bei dieser Adresse)

Pressemitteilung vom 2.12., Wien:

Faymann muss Frontalangriff auf soziale und demokratische Rechte Absage erteilen,

<http://www.europa-geht-anders.eu/node/269>

Zum Nachlesen:

1. Kritik des Wettbewerbs: Die Ideologie des Wirtschaftskrieges und des sozialen Überlebens der Besten im Lichte des 11. Septembers, von Riccardo Petrella, Brüssel, am 17. Dezember 2001

Die Folgen einer Wettbewerbs-Ideologie und -Politik

Eine **erste Folge** war die Tatsache, dass **die Beziehungen zwischen Unternehmen, wirtschaftlichen Akteuren, Städten und Staaten immer mehr in kriegesischen Begriffen definiert wurden**. Der Blickwinkel der globalen Wirtschaft, die eine solche Ideologie förderte und aufdrängte, war ausgesprochen beschränkt: Die Unternehmen wurden als Armeen gesehen, die im Kampf um die Eroberung der Märkte und für die Verteidigung der erreichten Position aufeinander treffen.

Ihre Führungskräfte wurden in den Rang von Generälen und Strategen gehoben. Alle Mittel waren in diesem Kampf recht: Forschung und Entwicklung, Patente, staatliche Hilfen, Finanzspekulation, Preisdumping, Verlagerung von Produktionseinheiten, Fusionen und Käufe. Dieses Kriegsd Denken hat sich sogar die Begriffe einer Partnerschaft einverleibt: Die Kooperation ist zu

einem Instrument der Wettbewerbsfähigkeit geworden. Das ist der Sinn der großen Wellen von Allianzen und 'strategischen' Übereinkünften zwischen europäischen, japanischen und amerikanischen Unternehmen, die den Internationalisierungs- und Globalisierungsprozess der Unternehmen und Volkswirtschaften ebenso wie die interne Organisation der Unternehmen und die Beziehungen zwischen globalen Unternehmensnetzwerken und 'lokalen' Staaten erschütterten.

In diesem kriegesischen Klima war der Druck, der auf die 'Ressource Mensch' (welch ein entsetzlicher Begriff, muss man doch von der 'menschlichen Person' sprechen!) ausgeübt wurde, enorm: Jeder Angestellte, jeder Arbeiter steckt - um den Preis eines beachtlichen Stresses - in einem permanenten Überlebenskampf, der dem Zwang von Umsätzen oder Profitraten, die das Unternehmen festlegte, untergeordnet ist.

<http://www.staytuned.at/sig/0020/32912.html>

2. Michel Husson: Holen wir die Wettbewerbsfähigkeit von ihrem Sockel,

<http://www.staytuned.at/sig/0024/32889.html>

3. Mehrere Veröffentlichungen von Steffen Stierle, u.a.

<http://transiteurope.wordpress.com/2013/03/28/convergence-and-competitiveness-instrument/#more-202>

4. Projektgruppe „Eurokrise“, <http://www.attac.de/kampagnen/eurokrise/kampagne-eurokrise/>

Was tun?

- Zuallererst sich selber und andere darüber informieren...
- Dazu beitragen, dass der einzige Aufruf, den es bisher dazu gibt, massenhaft unterstützt wird (www.europa-geht-anders.eu), Text auf der nächsten Seite
- Unsere Regierung und Abgeordneten auffordern, diesen geplanten Wettbewerbspakt abzulehnen
 - Aktionsideen weitergeben!
- Anlässlich des EU-Gipfels (19.-20. Dezember) werden für den 19.12. Protestaktionen in Brüssel vorbereitet, am 18.12. findet eine Versammlung statt. <http://www.d19-20.be/fr/>

Europa geht anders!

**Demokratie und Soziale Sicherheit in Europa
statt weiterer Sozialabbau durch „Wettbewerbspakt“!**



Der Countdown läuft. Der Europäische Rat plant einen Beschluss über einen Pakt für „Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“. Damit soll die Krisenpolitik der Europäischen Union in Griechenland, Spanien oder Portugal auf ganz Europa ausgedehnt werden. Die Politik der Europäischen Union ist erfolglos, sie führt zu Massenarbeitslosigkeit und steigenden Schulden. Statt das neoliberale Rezept zu ändern, wird die Dosis erhöht. Der sogenannte „Wettbewerbspakt“ ist nichts anderes als ein Pakt für Lohndumping, Sozialabbau und Privatisierung.

Troika für Alle. Alle Mitgliedsstaaten sollen verpflichtet werden, „Strukturreformen“ umzusetzen. Die desaströse Kürzungspolitik, wie sie in Griechenland, Spanien oder Portugal verordnet wurde, zeigt, was unter „Strukturreformen“ zu verstehen ist: Einschränkung sozialer Leistungen wie Pensionskürzungen, Zerschlagung der Branchenkollektivverträge und Privatisierung von Wasser, Bildung, Energieversorgung.

Europa geht anders. Wir lehnen diesen Plan der EU-Kommission entschieden ab. Wir fordern alle Menschen, die ein anderes Europa wollen, auf, Druck auf ihre Regierungen und Parlamente auszuüben, damit möglichst viele Regierungschefs beim kommenden Europäischen Rat dem Wettbewerbspakt eine Absage erteilen. Es braucht eine Kehrtwende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen!

<http://www.europa-geht-anders.eu/>

AUFRUF

Europa kommt nicht aus der Krise. Die Menschen in Europa befinden sich in der Mitte eines verlorenen Jahrzehnts. Mit jedem Jahr seit Krisenbeginn verschlechtern sich die Nachrichten. Die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union erreicht Rekordniveaus: 26 Millionen Menschen haben keinen Arbeitsplatz, rund 10 Millionen mehr als vor der Finanzkrise. Monat für Monat steigt die Zahl der Erwerbslosen um fast 200.000. In Spanien und Griechenland beträgt die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen bereits fast 60 Prozent. In den meisten Ländern sinken seit Jahren die Reallöhne. In Zahlen lässt sich das damit verbundene menschliche Elend nicht fassen: In Athen sind hunderttausende Menschen auf Suppenküchen angewiesen, in Spanien kommt es trotz leerstehender Wohnungen zu massenhaften Zwangsräumungen. Heizen können sich viele Menschen im Winter nicht mehr leisten. Das sind Verhältnisse, die in Europa als längst überwunden galten!

Die Krise, die Europa erfasst hat, kam nicht überraschend. Sie ist das Ergebnis einer neoliberalen Politik, die auf den Wettbewerb der Staaten, Marktgläubigkeit und eine weitgehend unregulierte Finanzindustrie setzte. Das Vertrauen auf die Überlegenheit der Märkte hat sich als

kolossaler Irrtum erwiesen. Die kontinuierliche Umverteilung von unten nach oben hat in eine Sackgasse geführt. Angewachsen sind riesige Privatvermögen einerseits und (Einkommens-) Armut, ungesicherte Arbeitsverhältnisse, Ausbeutung und wachsende Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite.

Die wachsende Ungleichheit und ruinöse Sparpolitik beeinflussen auch die Geschlechterverhältnisse. Kürzungen und Abbau bei öffentlichen Leistungen und Einrichtungen wie Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Pflege, öffentlicher Verkehr oder Unterstützungen für Menschen mit wenig Einkommen treffen Frauen härter, weil sie ohnehin schon wirtschaftlich schlechter gestellt sind als Männer. Wird der Wohlfahrtsstaat zurückgedrängt, ist auch die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen betroffen. Der Abbau des Sozialstaates ist ein Rückschritt für Geschlechtergerechtigkeit und ein Abbau von Frauenrechten.

Die Reaktion der Europäischen Union auf die Finanz- und Wirtschaftskrise ist eine folgenschwere Kürzungspolitik. Ihre Inhalte lassen erkennen, wer sie formuliert: neoliberal orientierte Staats- und Regierungschefs, Think-Tanks, Medien, Unternehmerverbände, die Finanzindustrie, Teile der EZB und der

EU-Kommission. Öffentliche Ausgaben werden eingeschränkt, Privatisierungen vorangetrieben, eine Politik der eingefrorenen Löhne und Lohnsenkungen forciert, ArbeitnehmerInnenschutz wird aufgeweicht, Entlassungen und Betriebsschließungen stehen auf dem Plan. Die Sozialleistungen werden in ganz Europa abgebaut und ausgehöhlt. In dem so entstandenen Klima der Angst um den Arbeitsplatz, um ein gesichertes Einkommen letztlich auch um die nackte Existenz, werden die Beschäftigten, PensionistenInnen und sozial Benachteiligten innerhalb eines Landes und zwischen unterschiedlichen Ländern gegeneinander ausgespielt.

Nicht Teil dieser ‚Reformen‘ sind allerdings die Besteuerung von Vermögen, von hohen Einkommen und Unternehmensgewinnen. So steigt die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung und eine der zentralen Krisenursachen nimmt damit weiter zu. Trotzdem wird diese ungerechte und schädliche Kürzungspolitik noch weiter verschärft und soll weiter verschärft werden und verpflichtend auf alle Mitgliedsstaaten ausgeweitet werden. Teilweise ist dies schon gelungen: Mit einem Paket aus mehreren EU-Rechtsakten und Verträgen wurden die Mitgliedsländer zu drastischen Einschnitten verpflichtet. Die EU-Kommission kann Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten erlas-

sen, wenn die von nationalen Parlamenten beschlossene Wirtschaftspolitik nicht den Vorgaben der Kommission entspricht und „strukturelle Budgetdefizite“ nach Kommissionsauffassung auftreten. Weil das demokratisch kaum durchzusetzen wäre, sind die dafür ordnungsgemäß vorgesehenen Verfahren umgangen worden und das Europäische Parlament hat in diesen neuen Verfahren nur Anhörungs- aber keine Mitentscheidungsrechte.

Obwohl diese ‚Krisenpolitik‘ die Krise in Europa verschärft und Europa in eine Rezession geführt hat, sollen diese Maßnahmen und Instrumente noch vertieft werden. Geht es nach Angela Merkel mitsamt den neoliberalen Entscheidungsträgern und der EU-Kommission, sollen beim Gipfel des Europäischen Rates im Juni 2013 Beschlüsse gefasst werden, nach denen sich alle Mitgliedsstaaten in bindenden „Verträgen für Wettbewerbsfähigkeit“ zu „Strukturreformen“ verpflichten. Damit sind beispielsweise Lohn- und Renten bzw. Pensionskürzungen, längere Arbeitszeiten, Privatisierungen, Kürzungen im Bildungswesen und Gesundheitssystem gemeint. Diesmal soll es sogar egal sein, ob Budgetdefizite bestehen oder nicht – wer mitmacht, muss

die „Strukturreformen“ auch dann umsetzen, wenn das nationale Budget ausgeglichen ist.

Mit Zuckerbrot und Peitsche soll der Widerstand der Menschen überwunden werden:

1. für eine zeitgerechte Umsetzung der „Strukturreformen“ soll den Mitgliedsländern nach derzeitigen Plänen finanzielle Förderungen gewährt werden,
2. wenn die Parlamente die Anordnungen des „Reformbündnisses“ jedoch nicht umsetzen, drohen Verwarnungen und letztlich Sanktionen in Form von Geldbußen.

Wir sprechen uns gegen die Pläne für dieses sogenannte EU-„Instrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit“ aus. Die bisherige Austeritätspolitik muss endlich beendet werden. Es braucht eine Kehrtwende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen! Und das heißt:

- eine europäische Umverteilung des Reichtums durch faire Einkommen und höhere Gewinn- und Vermögensbesteuerung
- Beendigung der Lohnsenkungspirale

und damit Abbau der riesigen Ungleichgewichte (enorme Leistungsbilanzüberschüsse bzw. weniger Länder auf Kosten von -defiziten anderer Landes) zwischen den Ländern innerhalb der Währungsunion

- Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte, ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen und Gewerkschaftsrechte
- Wiederregulierung und Schrumpfung der Finanzmärkte,
- Umfassende Demokratisierung der europäischen (Wirtschafts-)Politik
- Vereinbarungen zur Verringerung der Erwerbsarbeitslosigkeit in allen EU-Staaten
- ein europäisches Investitionsprogramm zum Ausbau der Infrastruktur und zum ökologischen Umbau sowie eine – schrittweise zu entwickelnde – europäische Sozialunion

Eine Vertiefung der Europäischen Union muss eine Stärkung der Demokratie und das Wohlergehen aller Menschen in Europa zur Voraussetzung haben.

http://www.europa-geht-anders.eu/erstunterzeichner_innen

Attac Österreich

Was ist der Wettbewerbspakt?

Die Eliten in der EU behaupten, neben Schulden müssten Löhne und Kosten für unsere Sozialsysteme radikal gekürzt werden um die Krise zu bewältigen. Daher sollen alle Eurozonen-Länder mit der EU-Kommission einen Pakt über ihre Wirtschafts- und Budgetpolitik abschließen. Dieser Wettbewerbspakt hat zum Ziel, die katastrophale EU-Kürzungspolitik auf die gesamte Eurozone auszudehnen und unumkehrbar zu machen. Im Interesse von Banken und Konzernen werden die Rechte der demokratisch gewählten Parlamente massiv beschnitten. Länder, die besonders radikale Kürzungen – z. B. bei den Löhnen – durchführen, sollen belohnt werden. Die Folgen dieser Politik sehen wir täglich in Griechenland, Spanien und Portugal. Das Ziel des Wettbewerbspaktes ist also die „Troika für Alle“. Und das bedeutet: Kürzen für immer!

Der Wettbewerbspakt ermöglicht:

>> **Massenarbeitslosigkeit und Abbau von Arbeitsrechten:**
Arbeitsrechte, Kollektivverträge und Löhne fallen den „Strukturreformen“ als

erstes zum Opfer! Die Arbeitslosigkeit in der Eurozone wird weiter steigen.

Prekäre und unsichere Arbeitsverhältnisse werden drastisch zunehmen. Das Pensionsantrittsalter wird erhöht.

>> **das Ende des Sozialstaats:**

Pensionen werden gekürzt und Sicherungssysteme weiter abgebaut. In Südeuropa sehen wir, was das heißt: steigende Armut und Obdachlosigkeit, ungenügende Gesundheitsversorgung, kalte Wohnungen im Winter...

>> **Privatisierung und Ausverkauf von öffentlichen Gütern:**

Schon jetzt fordert die Troika in Griechenland, Spanien oder Portugal Privatisierungen. Wasser, Gesundheit, Verkehr, Bildung – alle Bereiche werden betroffen sein.

>> **Umweltzerstörung:**

Umweltstandards kommen im verschärften Wettbewerb weiter unter Druck. Ökologische Vielfalt und Nachhaltigkeit werden der Profitlogik geopfert.

>> **Demokratieabbau:**

Mit dem Wettbewerbspakt soll auch bei Änderungen von politischen Mehrheiten in einem Land kein Ende der Kürzungspolitik mehr möglich sein. Der Wettbe-

werbspakt hebt somit die Demokratie weiter aus.

>> **Geschlechterungerechtigkeit:**

Gerade Frauen sind von Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich massiv betroffen. Einerseits, weil viele von ihnen dort ohnehin schon zu geringen Löhnen arbeiten; andererseits ermöglichen ihnen erst öffentliche Kindergärten oder leistbare Öffis (öffentliche Verkehrsmittel) beruflich tätig zu sein. Der Wettbewerbspakt ist daher auch ein Anti-Gleichstellungspakt.

Unterzeichnen sie den Aufruf!

Werden Sie aktiv!

<http://www.attac.at/kampagnen/stopp-wettbewerbspakt.html>

Hintergrundinformationen zur Vertiefung

<http://www.attac.at/kampagnen/stopp-wettbewerbspakt/wirtschafts-und-waehrungsunion.html>

Materialien zum Download.

<http://www.attac.at/kampagnen/stopp-wettbewerbspakt/wettbewerbspakt.html>